

Braucht Europa

Putins strategisches Ziel ist womöglich gar nicht die Ukraine, sondern die Unterhöhlung der Glaubwürdigkeit der Nato.

ANALYSE

ERICH REITER



Gerne wird die Behauptung aufgestellt, dass wir Russland unbedingt brauchen, um eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur zu errichten. Dabei wird übersehen, dass die Einbindung Russlands schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist. Mit dem Ukraine-Konflikt ist es aber auch so manchem Analysten klar geworden, dass die strategische Partnerschaft nicht funktionieren kann, ohne dass man Russland alles zugesteht, was es will.

Putin hat mit der Besetzung der Krim, dem Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine und der aktiven Unterstützung der Separatisten wohl auch bewusst getestet, wie der Westen reagiert. Und es ist so ausgefallen wie erwartet. Die Europäer haben es bei hilflosen Protesten bewenden lassen und die USA waren nicht interessiert, sich in Osteuropa zu engagieren. Somit hängt es von den Sanktionen ab, ob Russland sich noch mehr zutraut oder zu befürchtende wirtschaftliche Nachteile doch zum Einlenken führen. Russlands Bevölkerung wäre bereit, ökonomische Nachteile in Kauf zu nehmen, wenn der Traum von der Wiederherstellung der Großmachtrolle realer wird.

Die Situation in Osteuropa wird heute anders wahrgenommen. Russland wird wieder als gefährlich eingestuft. Das bringt doch Spannungen innerhalb Europas, weil mehrere Länder im Westen gerne so rasch wie möglich wieder zu business as usual übergehen möchten.

In Europa gibt es nicht nur in politischen Kreisen, sondern auch in der Bevölkerung viel Verständnis für Russlands Machtpolitik. Das geht teilweise auf die noch immer weitverbreitete „Ur-

angst“ vor der Roten Armee zurück, also Verständnis wegen Furcht; wegen der Interessen von Investoren, die sich gute Geschäfte erwarten; und schließlich auf den Mythos, dass der Westen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Zusagen gemacht habe, die Nato nicht nach Osten zu erweitern – was nicht stimmt – und Russland durch die Erweiterung von EU und Nato gedemütigt worden sei. Russland wird gleichsam ein Vorherrschaftsanspruch im Osten eingeräumt.

Die Sanktionen der EU und der USA sind nicht darauf ausgelegt, Russland in die Knie zu zwingen. Die überwiegende ökonomische Beurteilung geht davon aus, dass sie schmerzhaft, aber nicht tödlich für die russische Wirtschaft sein werden.

Wirtschaftlich abhängig

Über die Sanktionspolitik hinaus gilt es aber, einige Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Tatsache ist, dass Europa für Russland ein unersetzlicher Exportmarkt für seine Rohstoffe, insbesondere Erdgas, ist. Russland versucht zwar, diese Abhängigkeit zu lockern, aber es wird Jahre dauern, bis es adäquate Absatzmärkte in China, später vielleicht auch in Japan errichtet haben wird. Russlands Wirtschaft ist global kaum wettbewerbsfähig, beruht auf weitgehend veralteter Technologie. Die russische Volkswirtschaft kommt auf etwa ein Achtel der Leistung der EU oder sechs Prozent des BIP der EU und der USA zusammen. In militärischer Hinsicht sind diese Relationen gegenüber Europa etwas besser. Russland könnte die Ukraine oder einzelne Länder im Osten militärisch besiegen; aber es hat nicht die militärischen Ressour-



Russland wirklich?

KLEINE ZEITUNG
MITTWOCH, 10. SEPTEMBER 2014

cen, um gegen Europa einen konventionellen Krieg zu führen.

Tatsächlich also bräuchte Russland Europa, will es einer guten Zukunft entgegengehen. Aber diese Ratio ist nur beschränkt politikfähig. Oder aber es steckt eine große Strategie hinter Putins Politik, nämlich die Relativierung der Nato. Sie – nicht die EU – gibt den Ländern Osteuropas noch jenen sicherheitspolitischen Rückhalt, den sie gegenüber Russland zu benötigen meinen. Man kann nun durchaus annehmen, dass die Hilflosigkeit des Westens im Ukraine-Konflikt – obwohl kein direkter Zusammenhang besteht – auch Zweifel an der Bündnistreue in der Nato entstehen ließ. Schon zweimal, 2008 im kurzen Georgien-Krieg und jetzt im Ukraine-Konflikt, hat Russland militärische Gewalt gegen Län-

der angewendet, die sich der EU und der Nato annähern wollten. Beide Male kein Bündnisfall, aber doch Fälle, in denen sich Freunde und Verbündete des Westens fragen, wie viel Wert westliche Garantien im Ernstfall besitzen.

Der einzige Garant

Darin besteht die strategische Problematik des Ukraine-Konflikts für den Westen. Es wird sich erst erweisen, ob die Nato – der einzige Sicherheitsgarant für Europa – zu entschlossenerem Auftreten bereit und fähig ist und wie groß das Interesse der USA an europäischer Stabilität noch ist.

Erich Reiter ist Präsident des Internationalen Instituts für Liberale Politik. Bis 2006 war er Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik im Verteidigungsministerium.